



Bundestags- brief

Nr.281 •Die Woche im Bundestag• 18.12.2020



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222

Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Das Humboldt Forum ist eröffnet

Mit dem Humboldt Forum hat Berlin ein neues Zentrum für Kultur, Wissenschaft und Bildung erhalten - ganz im Geiste der Aufklärung, der Weltoffenheit und der Toleranz.

Vom Beschluss des Deutschen Bundestages für den Wiederaufbau des Berliner Schlosses bis zu seiner Fertigstellung war es ein langer Weg und es war mir eine Ehre, am 16. Dezember 2020 das Humboldt Forum in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Michael Müller, dem Regierenden Bürgermeister Berlins sowie Abgeordneten des Deutschen Bundestages und Mitgliedern des Stiftungsrates zu eröffnen

Als Museum neuen Typs wird das Humboldt Forum Wissen über die Weltkulturen vermitteln. Das Vermächtnis der Humboldt-Brüder wird dabei zukunftsweisend für die Annäherung der Völker und das Ideal eines gleichberechtigten Dialogs der Kulturen.

Für den Umgang mit Kulturgütern aus kolonialen Kontexten - für die Darstellung der Herkunftsgeschichten, für den Zugang zu den Objekten und für das Miteinander in der Aufarbeitung der Sammlungen – wird das Humboldt Forum in Deutschland Maßstab und Vorbild sein.

Pandemiebedingt fand keine große Eröffnungsveranstaltung mit Publikum vor Ort statt, sondern sie wurde im Internet gefeiert. Interessierte konnten via Live-Stream das Gebäude erkunden. In insgesamt vier verschiedenen Videokanälen wurde ein abwechslungsreiches Programm geboten. Abrufbar ist das Programm noch länger auf der Website des Humboldt Forum.

Die neuen Außenflächen auf dem Schlossplatz und am Spreeufer sind allerdings für die Öffentlichkeit zugänglich. Die verschiedenen Ausstellungsbereiche und anderen Gebäudeteile eröffnen im kommenden Jahr.

Wir sind zum Handeln gezwungen

Die Maßnahmen, die bisher zur Eindämmung der Corona-Pandemie ergriffen wurden, reichen nicht aus. So meldet das Robert-Koch-Institut aktuell mehr als 25.000 Neuinfektionen pro Tag sowie fast 1000 Todesfälle täglich.

Deshalb hat die Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer neue Maßnahmen und Regelungen zur Eindämmung der Corona-Epidemie in unserem Land beschlossen:

Die bereits geltenden Regelungen etwas zur Zusammenkunft privater Haushalte bleiben vorerst bis zum 10. Januar 2021 gültig. Für die Weihnachtstage können die Länder abhängig vom jeweiligen Infektionsgeschehen abweichende Regelungen treffen. An Silvester und Neujahr wird ein bundesweites An- und Versammlungsverbot umgesetzt. Darüber hinaus gilt ein Feuerwerksverbot auf publikumsträchtigen Plätzen. Der Verkauf von Pyrotechnik vor Silvester wird in diesem Jahr generell verboten.

Auch Schulen und Kitas werden im Zeitraum vom 16. Dezember 2020 bis 10. Januar 2021 grundsätzlich geschlossen oder die Präsenzpflicht ausgesetzt. Eine Notfallbetreuung wird sichergestellt und Distanzlernen angeboten.

Der Einzelhandel ist seit dem 16. Dezember 2020 bis zum 10. Januar 2021 geschlossen. Ausgenommen sind der Lebensmittelhandel und der Handel mit dringend notwendigen Waren des täglichen Bedarfs. Die Lieferung und Abholung mitnahmefähiger Speisen durch Gastronomiebetriebe bleiben weiter möglich.

Wirtschaftsbereiche, die besonders von den Einschränkungen betroffen sind, werden weiterhin finanziell unterstützt.

Zulassung eines Impfstoffs ist absehbar

Die europäische Arzneimittelbehörde EMA hat am Dienstagvormittag angekündigt, ihr Gutachten für den in Deutschland entwickelten Impfstoff von BioNTech und Pfizer am 21. Dezember vorzulegen. Mit einer Zulassung des Impfstoffs, der unter anderem bereits in Großbritannien und den USA auf dem Markt ist, wird allgemein gerechnet.

Eine gründliche Prüfung sind wir den Menschen schuldig und die Sicherheit des Impfstoffs ist ein ganz hohes Gut. Wenn die Zulassung noch vor Weihnachten kommt, sind wir auf gutem Weg, auch weil die Vorbereitungen für die Impfungen auf lokaler Ebene schon so weit gediehen sind, dass die Impfbereitungen teilweise schon einsatzfähig sind.

Der Deutsche Bundestag hat deshalb auch auf Antrag der Koalitionsfraktionen in einer Aktuellen Stunde am Mittwoch über die Impfstrategie debattiert, die auf dem Wege einer Verordnung festgelegt wird.

Die Strategie folgt den Vorschlägen der Ständigen Impfkommission (STIKO), die Menschen über 80 Jahren, Bewohnern und Mitarbeitern von Alten- und Pflegeheimen sowie medizinischem Personal in Notaufnahmen und Covid-Stationen Vorrang gibt.

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft mit nachhaltigen Erfolgen

Beim Europäischen Rat am 10./ 11. Dezember haben sich die Mitgliedstaaten auf mehrere wichtige Kompromisse verständigen können – unter maßgeblicher Vermittlung durch unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Für eine schnelle wirtschaftliche Erholung wollten wir die Verabschiedung des Mittelfristigen Finanzrahmens 2021-2027 mit einem Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit und des Aufbaufonds. Beides haben wir erreicht.

Gleichzeitig sendet Europa mit der Einigung auf eine Senkung der CO₂-Emissionen um 55 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 1990 ein wichtiges Signal. Wir brauchen eine ambitionierte europäische Klimapolitik mit einer fairen Lastenverteilung.

Das endgültige EU-Ziel muss noch mit dem Europaparlament verhandelt werden. Alle diese Entscheidungen wirken weit über den Tag hinaus und werden die Entwicklung der Europäischen Union in Zukunft nachhaltig prägen.

Sterbefallzahlen in der 46. Kalenderwoche 8 Prozent über dem Durchschnitt der Vorjahre

Nach vorläufigen Ergebnissen sind in der 46. Kalenderwoche (9. bis 15. November 2020) in Deutschland mindestens 19 161 Menschen gestorben. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes liegen die Sterbefallzahlen somit etwa 8 Prozent über dem Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019.

Dies geht aus einer Sonderauswertung der vorläufigen Sterbefallzahlen hervor, die aktuell bis zur 46. Kalenderwoche zur Verfügung steht und wöchentlich aktualisiert wird. Besonders auffällig ist die Entwicklung der Sterbefallzahlen derzeit in Sachsen. Im Unterschied zu anderen Bundesländern nimmt die Differenz zum Durchschnitt der Vorjahre dort derzeit deutlich von Woche zu Woche zu.

Die Zahl der Todesfälle von Personen, die zuvor laborbestätigt an COVID-19 erkrankt waren, steigt derzeit deutlich von Woche zu Woche. In der 46. Kalenderwoche gab es insgesamt 1 455 beim Robert Koch-Institut (RKI) gemeldete COVID-19-Todesfälle. Das waren 350 Fälle mehr als in der Vorwoche und 1 377 Fälle mehr als noch in der 40. Kalenderwoche.

Zahl der Studierenden im Wintersemester 2020/2021 auf neuem Höchststand

Die Zahl der Studierenden an deutschen Hochschulen ist auch im Wintersemester 2020/2021 weiter angestiegen. Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) sind fast 3 Millionen Studentinnen und Studenten an einer Hochschule in Deutschland eingeschrieben. Damit erhöhte sich die Zahl der Studierenden im Vergleich zum Wintersemester 2019/2020 um rund 2 Prozent.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)